

Urkundenunterdrückung

Offener Brief an Landgerichtspräsident Dr. Frank Brede

Als Präsident des Landgerichts Heidelberg ist Ihnen, Herr Dr. Frank Brede, bekannt, daß ein Streitwertbeschuß eine Urkunde ist und daß Richter nicht jahrelang mittels Urkundenunterdrückung einen Streitwertbeschuß einer Partei vorenthalten dürfen.

Eine Urkundenunterdrückung wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft. *"Gesetzliche Vorlegungspflichten reichen grundsätzlich aus"* (Fischer, StGB, § 274).

"Ausreichend ist insoweit das Bewußtsein, daß der Nachteil die notwendige Folge der Tat ist, das heißt, daß das Benutzen des gedanklichen Inhalts der Urkunde in einer aktuellen Beweissituation vereitelt wird" (OLG Ffm., 2 Ws 173/05, 29.11.2006).

Ende April 2016 haben Sie veranlaßt, daß mir die Amtsgerichtsdirektorin Jutta Kretz, die sich vorsätzlich weigerte, mir den Streitwertbeschuß vom Mai 2013 zuzustellen (siehe Seite 2), nach drei Jahren die unterdrückte Urkunde des Streitwertbeschlusses vom Mai 2013 endlich zustellen ließ (siehe Seite 3).

Es gibt aber noch einen weiteren Streitwertbeschuß vom September 2013, der von dem Richter Martin Kast seit drei Jahren unterdrückt wird. Dazu schrieb ich Ihnen:

"Richter Kast weigert sich, mir die vorläufige Streitwertfestsetzung zuzustellen. Richter Kast hat nach Eingang der Klage den Gesamtstreitwert auf 5000 € (nicht 500 € !!!) festgesetzt und die entsprechenden Gerichtsgebühren (3 x 146 € = 438 €) eingezogen. Später ließ Richter Kast diese Streitwertfestsetzung verschwinden, weil er später den Streitwert von 5000 € auf 500 € herabsetzte, um meine Berufung zu vereiteln."

In dem Beschluß Ihres Landgerichts vom April 2016 haben Sie selbst erklären lassen:

"Die Bekanntmachung des Streitwertbeschlusses wurde nicht veranlasst und ist deshalb nachzuholen."

Wir haben September 2016. Sorgen Sie dafür, daß Amtsgerichtsdirektorin Jutta Kretz die Bekanntmachung der Streitwertfestsetzung vom September 2013 endlich nachholt.

Sorgen Sie dafür, daß Direktorin Jutta Kretz und ihre Richter die Gesetze befolgen.

Urkundenunterdrückung

Offener Brief an Amtsgerichtsdirektorin Jutta Kretz

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat mich im letzten Jahr, also in 2015, aufgefordert, Streitwertbeschwerde zu erheben. Dies ist mir insofern nicht möglich, als mir Ihr Amtsgericht Heidelberg mittels Urkundenunterdrückung seit drei Jahren, also seit 2013 bis heute 2016, die Zustellung eines Streitwertbeschlusses verweigert.

Als Direktorin Ihres Amtsgerichts sollte Ihnen, Frau Kretz, rechtlich bekannt sein, daß Ihre Amtsrichter einer Partei nicht jahrelang mittels Urkundenunterdrückung einen Streitwertbeschuß vorenthalten dürfen.

Sowohl Ihre Richterinnen und Richter, zum Beispiel Richterin Adelinde Neureither, Richter Martin Kast, Richterin Stefanie Baum usw., als auch Ihre Justizangestellten, zum Beispiel Frau Rupp, Frau Kresser, Frau Kögler, Frau Kaluza usw., weigern sich, mir diesen vor drei Jahren erlassenen Streitwertbeschuß zuzustellen.

Soweit ich den Brief Ihrer Justizangestellten Rupp aus dem Jahr 2015 richtig deute, hat zwar Ihr Heidelberger Amtsgericht im Mai 2013 einen Streitwertbeschuß an den gegnerischen Rechtsanwalt Ralf Greus zugestellt, aber mir diesen Streitwertbeschuß mittels Urkundenunterdrückung seit Mai 2013 bis heute Februar 2016 vorenthalten, womit Ihr Gericht verhindert, daß ich den Streitwertbeschuß dem Verfassungsgericht vorlegen kann und die angeforderte Streitwertbeschwerde erheben kann.

Wenn die Verfassungsrichter vor Ihnen niederknien und Ihre Füße küssen würden, wären Sie dann bereit, den jahrelang unterdrückten Streitwertbeschuß vorzulegen?

Eine Urkundenunterdrückung wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft. Gesetzliche Vorlegungspflichten reichen aus, um diesen Straftatbestand zu erfüllen. Das Bundesverfassungsgericht verlangt die Vorlage des Streitwertbeschlusses.

Da sich Ihre Amtsrichter weigern, die besagte Urkundenunterdrückung zu beenden, werden Sie als Gerichtsdirektorin Jutta Kretz öffentlich aufgefordert, die Urkunde des Streitwertbeschlusses selbst zuzustellen. Als Direktorin Ihres Amtsgerichts haften Sie für die von Ihren Amtsrichtern begangene jahrelange Urkundenunterdrückung.

Urkundenunterdrückung

Offener Brief an Landgerichtspräsident Dr. Frank Brede

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat mich im letzten Jahr, also in 2015, aufgefordert, Streitwertbeschwerde zu erheben. Dies ist mir insofern nicht möglich, als mir das Heidelberger Gericht mittels Urkundenunterdrückung seit drei Jahren, also seit 2013 bis heute 2016, die Zustellung eines Streitwertbeschlusses verweigert.

Als Präsident des Landgerichts Heidelberg ist Ihnen, Herr Dr. Frank Brede, bekannt, daß ein Streitwertbeschuß eine Urkunde ist und daß Richter nicht jahrelang mittels Urkundenunterdrückung einen Streitwertbeschuß einer Partei vorenthalten dürfen.

Sowohl die AG-Richter, z.B. Direktorin Jutta Kretz, Richterin Adelinde Neureither, Richter Martin Kast, Richterin Stefanie Baum usw., als auch die LG-Richter, z.B. Richter Dr. Heinrich Stecher, Richterin Christine Staib, Richter Dr. Thomas Henn, Richterin Katja Jobelius, Richter Dr. Sebastian Untersteller usw., weigern sich, mir diesen vor drei Jahren erlassenen Streitwertbeschuß zuzustellen.

Offenbar wurde der Streitwertbeschuß dem gegnerischen Rechtsanwalt Ralf Greus bereits im Mai 2013 zugestellt, aber mir bis heute April 2016 vorenthalten, womit Amtsgericht und Landgericht verhindern, daß ich die vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe im Jahr 2015 verlangte Streitwertbeschwerde erheben kann.

Eine Urkundenunterdrückung wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft. *"Gesetzliche Vorlegungspflichten reichen grundsätzlich aus"* (Fischer, StGB, § 274). Das Bundesverfassungsgericht verlangt die Vorlegung des Streitwertbeschlusses.

"Ausreichend ist insoweit das Bewußtsein, daß der Nachteil die notwendige Folge der Tat ist, das heißt, daß das Benutzen des gedanklichen Inhalts der Urkunde in einer aktuellen Beweissituation vereitelt wird" (OLG Ffm., 2 Ws 173/05, 29.11.2006).

Da sich Ihre Richter weigern, diese Urkundenunterdrückung zu beenden, werden Sie, Herr Dr. Frank Brede, als Gerichtspräsident öffentlich aufgefordert, mir die Urkunde des Streitwertbeschlusses zuzustellen. Als Präsident des Heidelberger Gerichts haften Sie für die von Ihren Heidelberger Richtern begangene Urkundenunterdrückung.